THÜRINGER LANDTAGSKURIER

Ausgabe 10
Dezember 2008

Aus dem Plenum und den Ausschüssen

Thüringen-Monitor vorgestellt

In seiner Regierungserklärung stellte Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) in der Plenarsitzung am 11. Dezember die Ergebnisse des diesjährigen Thüringen-Monitors vor, der bereits zum neunten Mal von der Friedrich-Schiller-Universität Jena erstellt wurde. Schwerpunktthema der zugrunde liegenden repräsentativen Befragung war die Einstellung der Bürger zur Sozialen Marktwirtschaft. Althaus bezeichnete es als sehr erfreulich, dass zwei Drittel der Menschen der Sozialen Marktwirtschaft eine gute Funktionsfähigkeit bescheinigten. 83 Prozent der Thüringer sagten, Eigenverantwortung komme vor Fürsorge, und bejahten damit eine wesentliche Grundlage der Wirtschaftsordnung.
Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dieter Hausold, warf der Landesregierung vor, angesichts der aktuellen Finanzmarktkrise aus der Studie keine Handlungsoptionen zu entwickeln, und bezeichnete den Monitor als „Spiegelbild einer verfehlten Politik". SPD-Fraktionschef Christoph Matschie kritisierte, die Umfrageergebnisse seien durch die jüngsten Entwicklungen überholt, und forderte ein Ende der Deregulierung; die Politik müsse sich Gestaltungsspielräume zurückholen. Für die CDU-Fraktion betonte deren Vorsitzender Mike Mohring, knapp zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution lebe man im Freistaat in konsolidierten Verhältnissen. Wirtschaftspolitisch plädierte er für langfristig wirksame Impulse.

Thomas Kretschmer verabschiedet

In der Sitzung vom 12. Dezember wurde der CDU-Abgeordnete Thomas Kretschmer verabschiedet, der im Herbst die Position des Geschäftsführers



der Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung Thüringen (GfAW) übernommen hatte. Bereits seit 1990 und damit seit der Konstituierung des Thüringer Landtags gehörte Kretschmer zu seinen Mitgliedern. „Er hat den Parlamentarismus in Thüringen mit aufgebaut und die Arbeit des Landtags in den letzten 18 Jahren entscheidend geprägt. Vier Wahlperioden hat er den Unstrut-Hainich-Kreis im Thüringer Landtag vertreten und sich in dieser Zeit bei den Kollegen aller Fraktionen ein hohes Ansehen erworben", würdigte Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski den scheidenden Abgeordneten. Kretschmer war von 1996 bis 2008 stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender und über viele Jahre deren wirtschaftspolitischer Sprecher.
Die Mandatsnachfolge tritt die Mühlhäuserin Elke Holzapfel an. Von Beruf Buchhalterin und Kauffrau, engagierte sich Frau Holzapfel seit 1990 in der Betriebsratsarbeit und in der



Kommunalpolitik. Sie wird für ihre Fraktion unter anderem im Gleichstellungsausschuss und im Untersuchungsausschuss 4/1 mitarbeiten.

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

In der Sitzung am 4. Dezember 2008 wertete der Landwirtschaftsausschuss eine Anhörung zum Fortbestand und zur Neuansiedlung von Tierhaltungsanlagen in Thüringen aus, die am 4. September stattgefunden hatte. In den vergangenen Jahren, so ein Resultat, ist der Tierbestand in Thüringen drastisch zurückgegangen. Eine Eigenversorgung mit Fleisch ist deshalb zurzeit nicht mehr gewährleistet. Im Ergebnis der Auswertung verabschiedete der Ausschuss einvernehmlich Empfehlungen zur Tierhaltung an die Landesregierung. „Wichtig für die Bürgerinnen und Bürger ist, dass Nutztierhaltungen nur genehmigt werden, wenn die Einhaltung aller Gesetze, Vorschriften und Auflagen garantiert ist. Aspekte des Umweltschutzes und des Tierschutzes werden bei der Genehmigung beachtet. Insofern müssen Anwohner keine Bedenken haben. Das Instrumentarium für ihren Schutz ist vorhanden und wird angewendet", so die Ausschussvorsitzende Carola Stauche (CDU).

Bildungsausschuss

Im Rahmen der Sitzung des Bildungsausschusses am 27. November 2008 informierte Kultus-Staatssekretär Kjell Eberhardt die Abgeordneten über die Maßnahmen an der Integrierten Gesamtschule Erfurt, die aufgrund einer Bombendrohung am 25. und 26. November geschlossen worden war. Der Ausschussvorsitzende Hans-Jürgen Döring (SPD) bescheinigte dem Thüringer Kultusministerium, der Stadt Erfurt als Schulträger, den Sicherheitsbehörden und der Schule selbst ein verantwortungsvolles Krisenmanagement. Gerade angesichts der Erfahrungen, die Erfurt im Jahr 2002 machen musste, galt es, jedes Risiko auszuschließen. Insofern war das konsequente Vorgehen der Schul- und Sicherheitsbehörden aus Sicht aller Ausschussmitglieder notwendig. Die getroffenen Maßnahmen beruhten auf gemeinsamen Entscheidungen aller Beteiligten. „Die Ereignisse eignen sich nicht zur parteipolitischen Profilierung", so Döring abschließend.



Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

die vor Ihnen liegende Ausgabe des Landtagskuriers berichtet aus den Plenarsitzungen im Dezember. Das Plenum am Freitag, dem 12.12. war nicht nur das letzte im Jahr 2008, sondern auch die 100. Sitzung in der laufenden Legislaturperiode. Bis zu diesem Datum wurden allein 168 Gesetzentwürfe beraten und 819 mündliche Anfragen behandelt. Die Summe aller seit 2004 im Landtag bearbeiteten Drucksachen beträgt 4.714 – eine Zahl, die verdeutlicht, dass Abgeordnete und Mitarbeiter des Parlaments mit großem Einsatz für unser Land tätig sind.
Für uns alle bieten die Weihnachtstage eine Möglichkeit, sich zu erholen und neue Kraft zu tanken. Ich hoffe, Sie können den Ausklang des Jahres in diesem Sinne erleben, und wünsche Ihnen von Herzen ein gutes und erfolgreiches Jahr 2009!

Ihre

Dagmar Schipanski

Prof. Dr. Dagmar Schipanski

Bilder zu Christi Geburt schmücken Landtag in der Adventszeit

Dass der Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Döring (SPD) nicht nur dem Bildungsausschuss des Thüringer Landtags vorsteht, sondern darüber hinaus ein aus-



gesprochener Freund der bildenden Künste ist, dürfte sich längst herumgesprochen haben. Dabei fasziniert den aus dem Eichsfeld stammenden Politiker sakrale Kunst zu Christi Geburt in Form von Kupferstichen und Holzschnitten des 16. bis 19. Jahrhunderts ganz besonders. Einen Großteil dieser Sammlung machte Döring während der Adventszeit unter dem Titel „Das Volk, das im Finsteren wandert, sieht ein großes Licht....“ seinen Abgeordnetenkollegen und der Öffentlichkeit in der Lobby des Landtags zugänglich.

„Ich danke Hans-Jürgen Döring herzlich dafür, dass er seine private Sammlung für vier Wochen der Öffentlichkeit zeigt und uns teilhaben lässt an ihrer berückenden Schönheit und ihrer reichen Gelehrtheit“, so Prof. Dr. Dagmar Schipanski im Vorfeld der Eröffnung. „Die sakrale Kunst schuf hinreißende Zeugnisse menschlicher Gestaltungskraft. Bei deren Betrachtung können wir einen unendlichen Reichtum an Genres und Techniken erkennen, die sich von Jahrhundert zu Jahrhundert gewandelt haben.“

Die Ausstellung „Das Volk, das im Finsteren wandert, sieht ein großes Licht....“ ist noch bis zum 6. Januar 2009, montags bis freitags von 8.00 bis 18.00 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei.

Landesparlament mit vorweihnachtlichem Flair

Traditionell hält in der Adventszeit vorweihnachtliches Flair Einzug ins Landesparlament. 2008 präsentierten sich mit der in Blankenhain ansässigen Weimarer Porzellanmanufaktur und der Firma Martin-Bären aus Sonneberg wiederum zwei einheimische Firmen mit einer Verkaufsausstellung im Foyer des Landtagsgebäudes. Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski eröffnete die kleine Schau gemeinsam mit ihren Abgeordnetenkolleginnen Carola Stauche und Beate Meißner, die die Idee für diese Verkaufsausstellung lieferten, am 11. Dezember im Landtagsfoyer. „Die Präsentation von fragilem Porzellan neben kuscheligen Teddybären mag auf den ersten Blick ungewöhnlich erscheinen. Für uns Thüringer sind jedoch beide Produkte eng mit unserer Landesidentität verbunden“, so die Landtagspräsidentin. So stünden die Teddybären für die großartige Tradition der Spielzeugherstellung vor allem im Sonneberger Raum. Das Porzellan erinnere daran, dass einst 60 Prozent aller deutschen Porzellanbetriebe in Thüringen beheimatet waren. Bis zum Jahresende konnten Besucher des Landtags unter anderem den laut Guinnessbuch größten Teddybären der Welt von Bärenvater



Rainer Martin bestaunen. Ausschnitte aus dem Produktionsspektrum der Firma Weimar Porzellan können Interessenten sogar bis März 2009 im Landtag sehen. Neben dem Foyer schmückt das berühmte Porzellan auch etliche Vitrinen im Abgeordnetengebäude des Landtags.

CDU

Landesregierung setzt sich konsequent mit Extremismus auseinander

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72206
Fax: 0361 37 72520
www.thl-cdu.de

„Die Landesregierung setzt sich koordiniert und konsequent mit allen Formen des politischen Extremismus auseinander und tut insbesondere viel dafür, extremistische Haltungen gar nicht erst entstehen zu lassen.“ Das hat der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Wolfgang Fiedler, zu dem von der Landesregierung jetzt vorgelegten Jahresbericht im Rahmen der Parlamentsinitiative für Demokratie und Toleranz erklärt.

Wie Fiedler herausstellte, gehen die Ministerien und die Landesstelle Gewaltprävention auf vielfältige Weise gegen Extremismus vor und unterstützen zivilgesellschaftliches Engagement. Der innenpolitische Sprecher verwies unter anderem auf 1,78 Mio. Euro, die in diesem Jahr von Bund und Land im Rahmen verschiedener Bundesprogramme zur Verfügung gestellt werden. Begünstigt ist unter anderem die „Kontakt- und Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus in Thüringen“, die den Kommunen als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Die Kommunen zögen hervorragend mit und könnten sich dabei auf Richtlinien des Innenministeriums stützen. Fiedler verwies zugleich auf die intensive Zusammenarbeit mit dem Thüringer Sport und den Feu-



erwehren, die verhindern soll, dass Vereine zum Tummelplatz für Extremisten werden.

Noch bedeutsamer sind für den CDU-Politiker Projekte, die bei Kindern und Jugendlichen ansetzen. „Durch kontinuierliche und fächerübergreifende Demokratieerziehung und Projekte gegen Gewalt wird darauf hingearbeitet, dass Kinder und Jugendliche Extremisten erst gar nicht auf den Leim gehen und demokratisches Verhalten einüben.“

Wohneigentum: Enormer Wohlstandsgewinn seit 1990

„In der Wohneigentumsquote zeigt sich der enorme Wohlstandsgewinn seit 1990.“ Das hat der wohnungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Siegfried Wetzel, zu aktuellen Zahlen des Landesamtes für Statistik erklärt.

Danach wohnten Anfang des Jahres 2008 rund 43 % der Thüringer in den eigenen vier Wänden. Laut Wetzel hat die Wohneigentumsquote 1993 in Thüringen bei lediglich 25,5 % gelegen und ist seither kontinuierlich bis fast auf das deutsche Durchschnittsniveau angestiegen. Thüringen hat die höchste Wohneigentumsquote aller neuen Länder und steht an neunter Stelle unter allen Ländern.

Wie er weiter ausführte, ist das Wohneigentum in Thüringen breit gestreut. Rund zwei Drittel der Haushalte von Selbständigen und knapp die Hälfte der Arbeiterhaushalte haben ein eigenes Haus oder eine Eigentumswohnung. Wie Wetzel sagte, „ist Eigentumsbildung in unterschiedlichen Formen ein zentrales Anliegen der CDU. Deshalb werden wir auch die Bildung von Wohneigentum weiter unterstützen.“

Jetzt muss ein Rettungspaket für die kleinen Leute her

Drei-Säulen-Programm der LINKEN zur Stärkung der Investitionskraft

Der Fraktionschef der Thüringer LINKEN, Dieter Hausold, hat die CDU-Landesregierung zu einer sofortigen Korrektur in allen Bereichen der politischen Zukunftsentscheidungen aufgefordert. „Die Zunahme prekärer Beschäftigung und die gleichzeitige Abnahme Existenz sichernder Arbeit müssen gestoppt werden. Arbeitsplätze können durch einen sozial-ökologischen Umbau der Thüringer Wirtschaft und durch eine stärkere Förderung heimischer Unternehmen geschaffen werden“, betonte er. DIE LINKE hat dem Landtag Vorschläge für ein Thüringer Programm gegen die Wirtschaftskrise unterbreitet, deren drei Säulen auf Hilfen für die Wirtschaft, die Stärkung der Investitionskraft der Kommunen und das Vorziehen von Investitionen des Landes zielen.



Dieter Hausold (links im Bild) hatte auf der Demonstration von mehreren hundert Landesbeschäftigten vor dem Landtag am 11. Dezember gesprochen. Eine spürbare Einkommenserhöhung sei nicht nur eine Frage des öffentlichen Dienstes, hatte er mit Verweis auf die freie Wirtschaft betont, „wo oft für Hungerlöhne gearbeitet wird“. Es gehe um eine „vernünftige Entlohnung für alle“. Die Demonstranten verteilten Flugblätter mit der Forderung nach acht Prozent Gehaltssteigerung und dem Hinweis: „Jetzt muss ein Rettungspaket für die kleinen Leute her“.

LINKE präsentiert alternatives Schulgesetz für Thüringen

Ausgehend von den Fehlentwicklungen in der Schulpolitik in Thüringen und von den konkreten Erfahrungen, die Pädagogen, Schüler und Eltern mit dem Schulsystem im Freistaat sammeln, fordert DIE LINKE seit Jahren eine umfassende Reform des Schulwesens in Thüringen. Die Landtagsfraktion hat jetzt den überarbeiteten Entwurf ihres alternativen Schulgesetzes, das sie bereits im September 2006 öffentlich vorgestellt hatte, im Rahmen eines Pressegesprächs präsentiert. Schwerpunkte sind u. a.: gemeinsames Lernen bis mindestens Klasse 8 an der integrativen Regelschule; Einführung einer verbindlichen Vorschulphase an Kindertagesstätten für alle Vorschüler; Auf- und Ausbau eines bedarfsdeckenden Ganztagsschulangebots für alle Schulformen und für alle Altersbereiche; individuelle Förderung; gemeinsamer Unterricht von Schülern mit und ohne besondere pädagogische Förderung sowie Selbstständigkeit und wirkliche Eigenverantwortung für die Schulen.

DIE LINKE.

Fraktion.DIE LINKE
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72293
Fax: 0361 3772321
www.die-linke-thl.de

Konsequenzen nach Flughafen-Prozess

Nachdem am 11. Dezember der frühere Erfurter Flughafen-Chef Gerd Ballentin wegen Betrugs zu zwei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt wurde, sagte der verkehrspolitische Sprecher der LINKEN, Benno Lemke: „Was die Landesregierung stets abgewiegelt hat, ist jetzt gerichtsfest. Passagierzahlen wurden manipuliert, Fördermittel erschlichen. Wir hatten von Anfang an Recht. Misswirtschaft und Missmanagement der CDU-Landesregierung sind deutlich geworden. Ohne Wenn und Aber sind jetzt politische Konsequenzen notwendig und Rücktritte fällig.“ Staatssekretär Richwien habe spätestens 2005 von den Vorgängen am Erfurter Flughafen gewusst, „und trotzdem konnte Ballentin noch bis 2006 schalten und walten“.

Thüringen fit machen für die Zukunft

SPD-Zukunftskonferenzen lockten Hunderte nach Erfurt: Experten diskutierten mit Publikum

Thüringen hat viele Potenziale, sie müssen nur erkannt und genutzt werden. Die SPD-Fraktion will den Freistaat auf die Gewinnerseite bringen.

Von „Schwarzmalerei“ konnte bei den Zukunftskonferenzen trotz der schwergewichtigen Themen keine Rede sein. Kinderarmut, Überalterung der Gesellschaft sowie Abwanderung und damit einhergehender Fachkräftemangel: Thüringens Probleme sind nicht von der Hand zu weisen, aber lösbar. Darin waren sich die Referenten – anerkannte Fachleute und hoch dotierte Wissenschaftler –, Praktiker sowie das Publikum einig. Allerdings darf bei der Lösung der anstehenden Aufgaben nicht mehr allzu viel Zeit vertan werden. Im Ergebnis der Konferenzen wurden folgende Schwerpunkte erarbeitet:



Thüringens Bevölkerung wird immer älter. Deshalb stand die Seniorenpolitik im Mittelpunkt der 2. Zukunftskonferenz der SPD-Fraktion.

Bekämpfung von Kinderarmut:

1. Mit einem gesetzlichen Mindestlohn verbessert die SPD-Fraktion die Familieneinkommen und sorgt für kindgerechte Regelsätze bei Sozialleistungen.
2. Die SPD-Fraktion will ein Bildungssystem, das niemand zurücklässt. Die SPD-Fraktion tritt deshalb für deutliche Verbesserungen im Bereich der frühkindlichen und schulischen Bildung ein.

Seniorenförderung:

1. Die SPD-Fraktion will Rentengerechtigkeit in Ost und West herstellen: Fast zwei Jahrzehnte nach der Vereinigung Deutschlands ist es höchste Zeit, die Rentenangleichung voran zu bringen.
2. Die SPD-Fraktion will, dass Seniorenvertretungen in den Kommunen von Anfang an in politische Entscheidungen eingebunden werden. Deshalb wird die Mitwirkung von Senioren gesetzlich verankert.
3. Das Netz der Seniorenbüros wird ausgebaut und finanziell besser ausgestattet.

Wirtschaft:

1. Mit gezielten Investitionen will die SPD-Fraktion die Konjunktur beleben: Es wird in Bildung und Energieeinsparung investiert. Forschung und Straßenbau werden voran gebracht.
2. Die SPD-Fraktion analysiert den künftigen Bedarf an Fachkräften in der Thüringer Wirtschaft mit einem wissenschaftlichen Fachkräftemonitor.
3. In einem Zukunftsatlas Thüringen werden Wachstumspotenziale sowie die notwendige Förderung von Zukunftsbranchen wissenschaftlich untersucht.

SPD

Die SPD-Fraktion
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72365
Fax: 0361 37 72417
www.spd-thl.de

Gotha ein Juwel in Thüringen

Vom einstigen Glanz der früheren Residenzstadt Gotha konnten sich Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion bei einem Besuch überzeugen. Zusammen mit seinen Kollegen Dr. Werner Pidde und David Eckardt informierte sich Kulturpolitiker Hans-Jürgen Döring dort über den baulichen Zustand des Schlosses und die Planungen für das Perthes-Forum. Neben Gesprächen mit Gothas Oberbürgermeister Knut Kreuch und Dr. Martin Eberle von der Stiftung Schloss Friedenstein standen Rundgänge durch die Schlossanlage und den Perthes-Gebäudekomplex auf dem Programm. Das Land muss sich stärker bei der Sanierung und beim Umbau von Schloss Friedenstein engagieren“, so das Resümee von Hans-Jürgen Döring. „Gotha kann für Thüringen zu einem kulturellen und touristischen Juwel werden.“

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
E-Mail: buergerbeauftragte@landtag.thueringen.de
www.bueb.thueringen.de

Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
E-Mail: tlstu@t-online.de
www.thueringen.de/tlstu

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
E-Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de
www.thueringen.de/datenschutz

Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint monatlich in Form eines Newsletters.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl über den Postweg als auch über E-Mail möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier bestellen möchten, schreiben Sie uns eine E-Mail an:

Pressestelle@Landtag.Thueringen.de

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004



Die Bürgerbeauftragte

Bürgersprechtage im 1. Halbjahr 2009

Die Bürgerbeauftragte kann zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben gemäß § 4 Abs. 1 Thüringer Gesetz über den Bürgerbeauftragten (Thüringer Bürgerbeauftragtengesetz – ThürBüBG) Ortstermine und Bürgersprechstunden durchführen.

Im 1. Halbjahr 2009 sind an nachfolgend aufgeführten Tagen ganztägige Bürgersprechstunden vorgesehen. Selbstverständlich können auch außerhalb dieser Termine, im Rahmen vorhandener Möglichkeiten, auf Wunsch andere Termine nach Vereinbarung stattfinden.

13.01.09 Thüringer Landtag
20.01.09 Landratsamt Saale-Orla-Kreis
27.01.09 Thüringer Landtag
03.02.09 Thüringer Landtag
10.02.09 Landratsamt Nordhausen
17.02.09 Thüringer Landtag
24.02.09 Landratsamt Hildburghausen
03.03.09 Thüringer Landtag
10.03.09 Landratsamt Altenburger Land
17.03.09 Thüringer Landtag
24.03.09 Landratsamt Eichsfeld
31.03.09 Thüringer Landtag
07.04.09 Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt
14.04.09 Thüringer Landtag
21.04.09 Landratsamt Sonneberg
28.04.09 Thüringer Landtag
05.05.09 Stadtverwaltung Gera
12.05.09 Thüringer Landtag
19.05.09 Stadtverwaltung Eisenach
26.05.09 Thüringer Landtag
02.06.09 Landratsamt Kyffhäuserkreis
09.06.09 Thüringer Landtag
16.06.09 Landratsamt Schmalkalden-Meiningen
23.06.09 Thüringer Landtag
30.06.09 Thüringer Landtag

Ich bedanke mich für die gute Zusammenarbeit im Jahre 2008 bei den Trägern der öffentlichen Verwaltung im Lande und insbesondere auch bei der Thüringer Landtagsverwaltung, welche es ermöglicht hat, die erfolgreiche Arbeit der Bürgerbeauftragten im Interesse Rat suchender Bürger fortzusetzen. Anfang 2009 werde ich im Rahmen meines Jahresberichtes ausführlicher darauf zurückkommen.

Der Datenschutzbeauftragte

Elektronischer Personalausweis

Belgien, Estland, Italien, Österreich und Spanien haben ihn bereits. In Deutschland laufen die Vorbereitungen. Der neue ePersonalausweis im Scheckkartenformat mit Foto und Chip wird nicht nur als Reisedokument innerhalb der EU gelten, er wird auch eine Option zum elektronischen Identitätsnachweis (eID) sowie die Speicherungsmöglichkeit des Fingerabdruckes und der qualifizierten elektronischen Signatur beinhalten. Damit soll bspw. eine sichere Nutzung von Online-Diensten virtueller Rathäuser, Online-Banking und die Garantie des Jugendschutzes im Internet gewährleistet werden.
Schon jetzt können sich interessierte Behörden, Wirtschaftsunternehmen und Institutionen für den geplanten Anwendungstest 2009 auf www.cio.bund.de bewerben. Bis zu zehn Bewerber werden dann ausgewählt, die mit dem Bundesministerium des Innern und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zusammen die vielfältige Verwendungsbreite des ePersonalausweises erproben werden, so dass er allen Bürgern ab dem 1. November 2010 angeboten werden kann.
Doch Sicherheit hat ihren Preis. So werden für den Bürger Zusatzkosten für die qualifizierte elektronische Signatur und das dazu notwendige private Chipkartenlesegerät anfallen. Man darf gespannt sein, wie viele der ca. 62 Millionen Personalausweisinhaber sich diese Datensicherheit leisten wollen oder können. Die Speicherung biometrischer Merkmale soll derzeit ausschließlich zum Zweck hoheitlicher Identitätskontrolle erfolgen.
Bereits beim elektronischen Reisepass (Landtagskurier 5/2008) kritisierte der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz (TLfD) die fehlende Umsetzung der EU-Vorgabe hinsichtlich der Möglichkeit der Bürger, den persönlichen Fingerabdruck mit dem tatsächlich gespeicherten zu vergleichen. Solange allerdings in den Kommunen keine entsprechende IT-Struktur geschaffen wird, kann die Richtigkeit der Daten auch bei der Ausgabe des elektronischen Personalausweises mit integriertem Fingerabdruck nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden. Dies hat der TLfD erneut problematisiert.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Unrechts-Bereinigung oder –Fortsetzung?

Am 17. Dezember 2008 stellte das Thüringer Sozialministerium in einem Kongress im Landtag den Bericht zur sozialen Lage der Opfer des SED-Regimes in Thüringen vor.

Der Bericht beweist erstmals auf statistisch gesicherter Grundlage die langjährige Erfahrung der LStU-Mitarbeiter: die Opfer der SED stehen im Schnitt gesundheitlich und materiell schlechter da als nicht von Verfolgung Betroffene. So wenig es überrascht, so sehr fordert das Ergebnis zum Handeln heraus. Die Rehabilitierungsgesetze müssen entfristet werden, forderte Rainer Eppelmann, der Vorsitzende der Stiftung Aufarbeitung, der in den Kongress einführte. Professor Dr. Rolf Gröschner forderte, in den Verfahren auf Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden von Repression die Beweislast umzukehren, so dass den Betroffenen zermürbende Verfahren und inkompetente Gutachter erspart blieben. Ruth Ebbinghaus, die Spezialistin, die von Thüringer Behörden mit der Begutachtung dieser Gesundheitsschäden beauftragt wird, stellte fest: Es geschieht noch viel Unrecht bundesweit.

Die Wissenschaftler der Universität Jena lobten die Thüringer Praxis, allerdings seien die rechtlichen Defizite durch eine gute Verwaltungspraxis eben auch nicht auszugleichen.

Im Publikum saßen viele der befragten Betroffenen. Gerade diejenigen, die heute in westlichen Bundesländern wohnen, beklagten, dass dort keinerlei Beratungsmöglichkeiten bestünden, und zeigten sich erfreut, aus diesem Anlass Kontakt aufnehmen zu können.

Die Diskussion zeigte, dass ein respektvoller Umgang nicht nur in den Ämtern, sondern in der gesamten Gesellschaft Betroffenen sehr viel bedeutet und manchen Konflikt ersparen würde.
Diesen Respekt haben sie mit ihrem Einsatz für Individualität, Freiheit und Recht auch verdient. So gebührt dem Sozialministerium und der Universität Jena Dank für diese Pilotarbeit.

Herausgeber: Thüringer Landtag, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Jürgen-Fuchs-Straße 1 99096 Erfurt
Für die Seiten "Aus den Fraktionen" und "Die Landesbeauftragten" sind die jeweiligen Bereiche verantwortlich. Diese Zeitung dient der Öffentlichkeitsarbeit des Thüringer Landtags. Sie darf weder von Wahlbewerbern noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.